

Rede des Abgeordneten
Eugen Schlachter
zur dritten Lesung des Landeshaushalts am 10.2.2010

Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

Herr Mappus, wir gratulieren Ihnen zu Ihrer Wahl und zu Ihrer neuen Aufgabe. Sie übernehmen das Ruder mitten im turbulenten Fahrwasser einer Krise, auf die wir alle so nicht vorbereitet waren.

Ihr Vorgänger hat dem Landtag den Satz mitgegeben: Nach der Krise wird nichts mehr so sein wie zuvor. Ich denke er hat recht und ich denke, dass jeder Versuch scheitern wird, die Uhr auf vormalige Zeiten und vormalige Weltbilder zurück zu drehen.

Wir erwarten von Ihnen Herr Mappus, dass Sie als Ministerpräsident die Veränderungen aktiv aufnehmen, dass Sie nach Vorne blicken, dass Sie den Kurs benennen - über die nächste Stromschnelle hinaus. Seien Sie mehr Kolumbus als nur der Neckarhafenkapitän der CDU, haben Sie den Mut, unser Bundesland zu Neuen Welten zu führen.

Wir werden Sie dabei kritisch aber auch konstruktiv begleiten und werden unser Querschnittsthema der Nachhaltigkeit in allen Politikbereichen einfordern. Nachhaltigkeit ist dabei nichts, was Vergangenheit festhält sondern sich aus der Zukunft heraus herleitet; Nachhaltigkeit ist die Landkarte für eine veränderte Welt, mit der man ankommt, während man mit den alten Landkarten in Sackgassen steckenbleibt. Eine **Politik der Nachhaltigkeit ist die Architektur von Veränderung**.

Der Maler und Visionär Wassily Kandinsky hat Anfang des 20. Jahrhunderts, noch vor dem ersten Weltkrieg gesagt, er hoffe, das 20. Jahrhundert werde nicht das Jahrhundert des „Entweder-Oder“ bleiben, sondern werde zum Jahrhundert des „UND“.

Aber erst jetzt im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zeichnet sich ab, dass alte Polaritäten schwächer werden

Ost und West
Kapital und Arbeit
Links und Rechts

- gerade in der Bankenkrise musste man sich bisweilen die Augen reiben, was an Staatsinterventionismus von Leuten vorgetragen wurde,

die kurz davor noch „Weniger Staat“ plakatiert hatten. Da hat sich einiges verschränkt.

Ich will einige konkrete Beispiele und Erfordernisse für die Landespolitik nennen:

Die Frauen wollen nicht mehr entweder Familie oder Beruf, sondern sie wollen Familie UND Beruf. Hier hat die CDU in Baden-Württemberg Frau von der Leyen gebraucht, um dieses neue UND zu verstehen. Immer noch sind wir daher bei der Kinderbetreuung in der zweiten Liga.

Hier werden wir investieren müssen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Kernthema der sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit.

Sehen Sie bitte unseren Haushaltsantrag zur Stärkung der Kinderbetreuung vor diesem Hintergrund.

Der demografische Wandel zeigt ein weiteres, erfreuliches UND:

Alt und Aktiv

Die Älteren haben wieder Konjunktur, einerseits scheint der Jugendwahn in der Wirtschaft abgeklungen, andererseits wollen viele im Ruhestand auch wenn sie eine Einschränkung oder Behinderung haben, mitten in der Gesellschaft aktiv bleiben. Daher ist es so wichtig, dass wir unsere Einrichtungen und unsere sozialen Infrastrukturen darauf ausrichten, dieses neue UND, nämlich „Aktiv im Alter“ zu fördern – bis hin zu den sehr Betagten.

Sehen Sie bitte unseren Haushaltsantrag für Modellprojekte in der Pflege vor diesem Hintergrund.

Das dritte UND, das ich benennen möchte ist

Markt und Staat

und hier möchte ich ein Erfolgsmodell aus der gesellschaftlichen Schnittmenge von Markt und Staat positiv hervorheben. Dies sind die deutschen und insbesondere die baden-württembergischen Sparkassen. Die regionale Orientierung, die Bindung des öffentlichen Auftrags – dort wo er ernst genommen wurde – waren offenbar eine stabile, nachhaltige Orientierung in der Finanzmarktkrise.

Dort wo diese Orientierungen durchbrochen wurden - wie bei der LBBW - hat die Krise tiefe Spuren hinterlassen.

Die Schlussfolgerung heißt daher für mich: Auch die LBBW soll sich künftig an die bewährte Orientierung der Sparkassen halten; die Schlussfolgerung ist nicht, die LBBW zu privatisieren sondern dieses

UND aus dem öffentlichen Auftrag und der Marktorientierung zu stärken und zu unterstützen.

Daher sage ich Ihnen: Eine Privatisierung der LBBW ist falsch; wir brauchen vielmehr ein starkes Spitzeninstitut für die Sparkassen. Herr Kollege Schneider, es wäre hilfreich, wenn Sie zur Frage der Privatisierung der LBBW hier im Plenum das Wort einmal ergreifen würden, um die Position des Sparkassenverbandes klar zu stellen.

Meine Damen und Herren, sehen Sie bitte unseren Gesetzentwurf zur Novellierung des Landesbankgesetzes im letzten Jahr in diesem Zusammenhang. Einiges von dem, was wir wollten, sehen wir jetzt von Frau Kroes der Bank auferlegt. Ein wenig mehr Weitsicht, hätte diese Auflagen unnötig gemacht. Wir sollten aus diesem Vorgang lernen.

Und wenn Frau Homburger nun meint, man könne bei einer Privatisierung der LBBW das Mittelstandsgeschäft der L-Bank überlassen, weil sie ja mittelstandsfreundlich tönen will, dann muss ich sagen, Frau Homburger will offenbar ein Auto ohne Räder verkaufen, dafür aber den vollen Preis verlangen - denn nichts anderes ist eine LBBW ohne Mittelstandsgeschäft - das ist eine neue Stufe der Wirklichkeitsverweigerung, die ja bei der FDP ohnehin schon fast das Nirvana erreicht hat. Frau Kollegin Berroth, ich habe die Hoffnung, dass sie Frau Homburger über die Berechnung des Firmenwertes als Ertragswert gelegentlich aufklären können.

Ich erinnere auch daran: Genau aus Gründen der Wettbewerbsneutralität wurde durch Trennung von L-Bank und LBBW gerade das Fördergeschäft vom Marktgeschäft getrennt – Frau Homburger will beides wieder zusammen werfen. Bei der FDP scheint Wettbewerbsneutralität ein Fremdwort zu sein - ich glaube langsam, die FDP versteht einfach nichts von der Marktwirtschaft. Anders sind die Vorschläge in Richtung **Finanzmarktsozialismus** nicht zu verstehen.

Ich will einen viertes konkretes „UND“ benennen, das in der Diskussion dieser Tage eine Rolle spielt

Freiheit und Gerechtigkeit.

Meine Damen und Herren, die Zahl derer, die die Freiheit und die Freizügigkeit von Menschen und Kapital in Euro dazu nutzen, in großem Umfang Steuern zu hinterziehen, nimmt leider zu. Viele verstehen nicht mehr, dass Freiheit sich von der Verantwortung nährt und suchen ihren Vorteil jenseits der bestehenden Steuergesetze.

Niemand – auch wir nicht – wollen zu einer Welt der Kapitalverkehrskontrollen und der abgeschotteten Geldmärkte zurück. Dies heißt aber nicht, dass man jeden Missbrauch gewähren lässt. Gerade in der freieren Welt muss das UND der Gerechtigkeit dazukommen, die Gerechtigkeit der gleichmäßigen Steuererhebung muss gerade dort greifen, wo Freiheit und Freizügigkeit missbraucht wird.

Konkret: Ich bin der Auffassung, dass nach erfolgter rechtlicher Prüfung – und der Finanzminister sagt uns ja, sie sei erfolgt - die Datenträger mit den offenbar relevanten Informationen erworben werden sollen und müssen. Alles andere wäre ein vorsätzliches Wegsehen und es wäre der Tatbestand "der Beihilfe zur Steuerhinterziehung".

Wer, wie Sie, Herr Minister Goll, in diesem Zusammenhang von „Denunziantentum“ spricht, diffamiert entweder Jeden, der in diesem Land eine Straftat anzeigt oder er hält Steuerhinterziehung für ein Kavaliersdelikt. Beides ist bemerkenswert für einen Justizminister!

Als die SPD und wir in der Haushaltsdebatte von schwarz-gelben Steuergeschenken sprachen, haben Sie Herr Mappus die Meinung vertreten, dass das keine Geschenke seien, denn das Geld gehöre ja nicht dem Staat, sondern den Steuerzahlern.

Mit dieser Denke, dass Steuern so etwas wie Diebstahl seien, wird dann sofort verständlich und logisch, warum Sie, Herr Mappus, dem Antrag der SPD zum Ankauf der Steuerdaten-CD durch das Bundesfinanzministerium abgelehnt haben. Klar: Den Steuerdieben in Berlin wollten Sie nicht noch Vorschub leisten.

Werter Herr Mappus, als Ministerpräsident sollten sie das nochmals überdenken und dann dem Antrag zustimmen, den wir heute zu dieser aktuellen Thematik eingebracht haben.

Und, Herr Mappus, als Ministerpräsident reicht es nicht mehr aus, sich auf die gerade wohlfeile Seite zu schlagen. Sie müssen die Verbindungen, das UND wahrnehmen. Verbinden statt polarisieren – das empfehle ich Ihnen als Leitlinie ihrer Regierung und als Leitlinie zur Überwindung der Krise,

beispielsweise auch beim Thema:

Wirtschaft UND Umwelt, auch hier ist unübersehbar, dass nur die Verbindung und nicht das „entweder-oder“ ein Industrieland wie Baden-Württemberg voranbringen kann.

Wir haben jetzt einige Tage Haushaltsberatung hinter uns. Eines ist dabei auffallend: seitens der Regierungsfractionen wird immer wieder

argumentiert, die Situation sei einmalig schlecht und einmalig schwierig, aber wir stünden ja immer noch besser da als andere Bundesländer, die sich aktuell noch höher verschulden. Auch die ganzen Regierungsvertreter flüchten sich in solche Vergleiche und das ist einer der Punkte, an denen ich Ihre Analyse nicht teile.
Hört sich gut an, hilft uns aber nicht. Schauen sie, ob Sie mit 180 oder nur mit 150 an die Wand fahren - sie haben jeweils Totalschaden. Totalschaden wollen wir aber nicht. Was wir bei der Haushaltssanierung brauchen ist eine Politik des **vorausschauenden Bremswegs** und keine Beschönigung der viel zu hohen Verschuldungsgeschwindigkeit.
Mir stellt sich schon die Frage?
Wann sagen Sie den Beschäftigten des Landes, dass wir Besoldungserhöhungen wie 2009 nicht wiederholen können? Wann sagen Sie den Pensionären, dass 3% auf absehbare Zeit nicht mehr möglich sind? Für mich ist das ganz einfach mutlos, sie sagen gar nichts, Sie sagen nur, was Sie nicht tun werden.

Wir sagen zu den Pensionen klar, dass wir Zusatzkomponenten bei der Beamtenversorgung abbauen müssen, zugunsten des Pensionsfonds und zugunsten der Nachhaltigkeit, zugunsten der heute jüngeren Beamtinnen und Beamten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Zur Klarstellung: Wir werfen der Landesregierung nicht vor, dass in den Jahren 2010 und 2011 die Nullverschuldung nicht erreicht wird. Dies kann Niemand erreichen.

Unser Vorwurf ist erstens, dass die Landesregierung viel zu lange so getan hat, dass dies unter Umständen erreichbar sei. Obwohl nach der Mai-Steuerschätzung völlig klar war, dass dies nicht erreichbar ist.

Unser Vorwurf ist zweitens, dass die Landesregierung – nachdem nun wirklich alle Zahlen bekannt sind – weiterhin verweigert, Maßnahmen zu benennen, wie wir mittelfristig den Haushalt so sanieren können, dass wir den Crash mit der Schuldenbremse im Jahr 2020 vermeiden.

Es wird wolkig von „schmerzhaften Einschnitten“ getönt, aber Maßnahmen werden nicht benannt. Von ihnen Herr Mappus hören wir nur, was nicht geht.

Das reicht vielleicht noch für eine schlechte Opposition, für eine Regierung ist das definitiv zu wenig.

Woran müssen wir uns also mittelfristig orientieren, wenn wir realistisch bleiben wollen?

Herr Ministerpräsident a.D. Oettinger analysierte zuletzt zutreffend. Nannte aber wie der große Rest der Regierungsfractionen und der Regierung keine Maßnahmen.

Genau das ist aber die Aufgabe der Politik: Den mittelfristigen Pfad der Ausgaben am mittelfristigen Pfad der Einnahmen zu orientieren - nicht mehr und nicht weniger bedeutet strukturelle Nullverschuldung. Der mittelfristige Einnahmepfad muss dabei realistisch sein, vorsichtig geschätzt unter Berücksichtigung der Probleme in der Wirtschaftsstruktur, die nicht mit Aspirin zu heilen sind.

Und bei den Ausgaben muss man mal ran, z.B. an eine Dienstrechtsreform die strukturell etwas bringt. Oder auch an den Umbau einer Landesverwaltung, die doch teilweise auch Selbstverwaltungscharakter hat. Aufbau einer modernen Verwaltungsstruktur mit flachen Hierarchien und ggfls. Wegfall – z.B. RP's – einer Verwaltungsebene.

Und – meine Damen und Herren, abschließend noch ein Wort zu ihrem Begriff "Konjunkturhaushalt". Mit der höchsten Neuverschuldung, die unser Land je eingegangen ist, mutet es an wie ein Treppenwitz, wenn CDU und FDP fortwährend von einem Konjunkturhaushalt sprechen. Von den 4,7 Mrd. Euro neue Schulden brauchen sie doch schon 4 Mrd. Euro für die Zinsen. Den konjunkturellen Impuls daraus erkenne ich nicht. Eine Politik des Aussitzens und Abwartens über die Landtagswahl 2011 hinaus schafft keinerlei Vertrauen. Im Gegenteil – Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik wird nur geschaffen durch eine klare Ansage - gerade jetzt kommt einer Klärung der haushaltspolitischen Lage höchste Priorität zu. In einer Zeit, in der viele Unternehmen und auch Private vor der Frage stehen, ihre in der Rezession auf Eis gelegten Investitionen nun in Angriff zu nehmen oder nicht. Die Mutlosigkeit, die Ideenlosigkeit die die Landesregierung beim drängenden Thema Haushaltssanierung an den Tag legt ist erschreckend.

Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende! (Demokrit)

-.-

Es gilt das gesprochene Wort.